

Innerste getroffen sucht Antonius den Tod, Kleopatras Verrat, der zu Liebe er alles verloren, kann er nicht ertragen. Größer aber als sein Haß, sein Jora, ist auch im Sterben noch sein Verlangen nach ihr. Den tödlich Verwundeten tragen seine Diener auf seine Bitte zu der Königin. Und sterbend erkennt Antonius, daß er an dem Widerspruch in sich selbst zugrunde geht, daß kein anderer die Schuld an seinem Tode trägt, sterbend bekennt er der Geliebten: „Nein, Mark Anton erlag sich selber nur!“

Antonius ist gestorben. Ein reiches Leben ist zu Ende. Eine mächtige Gasse, mit einst breiten, schwingenden Zweigen brach zusammen; verkrüppelt, zersplittert und geborsten. War es ein seltenes Schauspiel? Nein, selten war nur der prächtige Mantel, in dem es gespielt wurde. Selten nur die zahlreiche Umgebung, die es schmerzlich staunend sah.

Doch war der Widerspruch, an dem Antonius zugrunde ging, ein ganz gewöhnlicher; ein Widerspruch, den wir heute und alle Tage nur zu oft treffen, wo immer wir mit offenen Augen hinkommen.

Für Antonius galt es zu wählen zwischen einem Leben für seine Liebe und einem solchen für seine Tätigkeit als Politiker, als Feldherr. Es ließen sich also diese beiden Dinge nicht vereinen. Vor derselben Wahl stehen heute zahllose Männer: die Frau oder der Beruf. Fast niemals läßt sich beides vereinen, fast immer ist beides ein Halbes. Wie kommt es zu diesem Zwiespalt? Woher der Gegensatz zwischen dem Verhältnis des Mannes zu der Frau einerseits, dem Berufsleben andererseits? Ist es ein aus den natürlichen Bedingungen beider Geschlechter erwachsender Gegensatz, ist er unlöslich? Oder ist er abhängig von bestimmten sozialen Verhältnissen? Ist er vielleicht nichts anderes als der zufällige Gegensatz einzelner Individuen zueinander?

Sind gewisse Eigenarten der Frauen, sind gewisse Berufe der Männer für sein Auftreten entscheidend?

Es ist klar, daß in jedem Verhältnis von Mann und Frau, in dem wirklich starke Gefühle vorhanden sind, dementsprechend das Verlangen beider Teile, in möglichst enger Berührung in ihrem ganzen Leben zu stehen, ein tiefes sein wird.

Nun bedeutet aber die Tätigkeit des Mannes, die sein Leben erfüllt, während all der Zeit des Tages, die er von der Frau getrennt verbringt, meistens mehr als eine nur äußere Trennung, da gewöhnlich die Frau keine Beziehungen zu dieser Tätigkeit hat. Ist es so, daß der Mann seinem Beruf nachgeht, um Geld zu verdienen, um sich und der Frau das Leben zu ermöglichen, so ergibt sich aus seiner Tätigkeit noch kein Konflikt. Für ihn, wie für sie bedeuten dann seine Feierstunden ersehnte Zeit der Rast, bilden sie für ihn das Ziel seines Tuns, Stunden, in denen er jeden Gedanken an den Beruf von sich abwirft.

Anders, wenn das Berufsleben den Mann ganz in Anspruch nimmt, seine ganze Persönlichkeit, sein geistiges Leben, Seele und Körper fordert. In einem solchen Verhältnis wird der Konflikt am schärfsten hervortreten. Und ein Kompromiß wird da unmöglich sein, wo seine Tätigkeit, eine Frucht seiner Lebensanschauung, aus innerstem Drange heraus ausgeübt wird, wo Verzicht auf sie inneren Tod bedeuten würde. Die Frau will den Mann für sich, der Mann lebt in seiner Tätigkeit. Die Frau haßt diese Tätigkeit, weil sie in ihr den Räuber ihres Mannes sieht, sie sucht ihm von ihr fernzubehalten und sieht nicht, daß sie ihn zugleich von dem Quell seiner Kraft fernhält.

Dieser Widerspruch kann nur in einem Fall gelöst werden. Wenn die Frau aus wesentlich gleicher Weltanschauung heraus, gleiches Interesse wie der Mann an seiner Tätigkeit hat; wenn sie diese befruchtet oder wenn sie selbständig in gleicher Richtung, wenn

auch in anderer Form wirkt. Jedes andere Verhältnis von Mann und Frau ist ein ungesundes und ein halbes.

Wenn wir nach dem Wesen des Verhältnisses Antonius zu Kleopatra forschen, so finden wir, daß sein Grundzug ein rein erotischer ist. Ja, wir finden an keiner einzigen Stelle auch nur eine Andeutung eines anderen Elementes, das diese beiden politisch so hoch gestellten Menschen aneinander fesselt. Nichts aber tritt so leicht in Gegensatz zu anderen Forderungen des Lebens, als rein erotische Leidenschaft.

Obwohl Antonius erkennt, daß er zu wählen hat zwischen der Frau und seinem großen historischen Wirkungskreis, findet er keine Kraft, das sinnliche Band, das ihm mit ihr verbindet, zu zerschneiden. Er glaubt ohne diesen Eingriff durchzukommen. Er irrt, und geht an diesem Widerspruch in sich, an dieser Halbheit zugrunde.

Eine Alltagstragödie, die heute hunderte erleben, ohne sich ihrer bewußt zu werden, hunderte, die, in naivem Bewußtsein, aus Rücksicht auf die Frau, auf die Gestaltung ihres häuslichen Lebens, in entscheidenden Fragen Konzessionen machen, in Fragen, die ihre Tätigkeit im Innersten berühren und sie faul werden lassen; hunderte, die Halbheiten begehen, aus diesem Zwiespalt heraus zwischen der Liebe für die Frau und dem Willen, in der Illusion, sich zwischen beiden teilen zu können.

Nicht jeder ist Antonius, nicht jeder Feldherr — und nicht jede Frau ist eine Kleopatra. Nicht immer tritt in so krasser Form das Wesen des Widerspruches hervor, an dem Shakespeares Antonius zugrunde geht.

Und doch gibt es viele Frauen, die der Kleopatra, viele Männer, die dem Antonius gleichen.

Nur töten sie sich heute nicht mehr, sondern wandeln unter uns — Zeit ihres Lebens — — lebende Leichname.

In der Fabrik.

Sah ich eine Weile zu,
wie die Funken fliegen;
Räder, Riemen ohne Ruß
durch den Tag getrieben.

Hört ich eine Weile, wie
die Maschinen flöhnen,
unter ihrer Melodie
alle Pfosten dröhnen.

Stampf und Stoß und Sur und Summ
machten mich beklommen,
ging zum Tor hinaus ich stumm,
war so froh gekommen.

Draußen sah ich Staub und Ruß
ich ein Mädchen stehen;
war soeben flüchtig. Muß
Jugend so vergehen?

Fort, nur fort! Schon grüßt mich hoch
freier Wipfel Brausen,
aber immer hör' ich noch
Räderjurn und -sausen.

Falke.

Briefkasten der Redaktion.

Wir müssen unseren wertigen Mitarbeitern die Mitteilung machen, daß wir einige Artikel nicht zum Abdruck bringen können. Wir bitten aber nach wie vor um gest. Mitarbeit.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

nt. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

3. Jahrg. **Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.** Nr. 10

Erscheint wöchentlich einmal. Redaktion u. Expedition: **Bremen, den 9. März 1918** Einzel-Nummer 20 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 84 Pfg., vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Der Akkumulationsfonds als Steuerquelle	Seite 59
Friedrich Engels über Mitteleuropa und „natürliche Grenzen“	60
Aus der italienischen Parteibewegung	61
Aus der französischen Bewegung	62
Die Gewerkschaftsführer in Not	63
Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften	64
Gewerkschaftsfragen	64
Aus unserm politischen Tagebuch	64

Der Akkumulationsfonds als Steuerquelle.

Von Kurt Classe.

Die gewaltigen Kosten, die der Krieg allen beteiligten Ländern auferlegt, haben die Steuerfrage wieder zu der aktuellsten und brennendsten Tagesfrage gemacht. Wollen wir rein wissenschaftlich und sachlich erkennen, auf welche Weise Steuern überhaupt aufgebracht, aus welchen Quellen sie geschöpft werden können. So leuchtet ein, daß dies nur das unaufhörlich neu entstehende Ergebnis der gesamten Arbeit eines Volkes sein kann. Nur dessen Früchte können ständig gepflückt werden, weil sie ständig frisch nachwachsen. Wolte man dagegen diejenigen Fonds angreifen, welche den dauernden Gang der Produktion sichern, so würde man die Henne schlachten, welche die goldenen Eier legt. Man würde im Augenblick vielleicht beträchtliche Summen haben können, aber bald darauf nichts mehr. Nur das Produktionsergebnis darf Steuerquelle sein, ist deshalb der erste und allseitig anerkannte Grundsatz alles Steuerwesens. Niemals darf an diejenigen Kräfte gerührt werden, aus denen die Produktion ihre Nahrung zieht.

Jedoch, welche Kräfte das sind, darüber herrscht allerdings in der Wissenschaft noch große Uneinigkeit. Betrachten wir das Ergebnis des Produktionsprozesses etwa, wie es sich nach Ablauf eines Jahres darstellt, so hat es sich zerteilt in Arbeitslohn, Kapitalprofit und Grundrente. Der Arbeitslohn wird so ziemlich völlig im Laufe des Jahres wieder verbraucht, um den Lebensunterhalt der Arbeiter zu bestreiten, ohne welchen eine Fortsetzung der Produktion unmöglich wäre. Nur wenn die Löhne in ihrer Gesamtheit die Summe dessen übersteigen, was die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zum Unterhalt braucht, könnte daraus ein Fonds für sonstige Zwecke angesammelt werden.

Anders steht es mit Kapitalprofit und Grundrente. Sie können niemals ganz für Konsum ausgegeben werden. Vielmehr müssen ihre Besitzer von vorn herein

einen Teil davon abzuweigen und ansammeln um jeder Zeit sowohl für die Erneuerung als auch für die Erweiterung ihrer Produktionsanlagen gerüstet zu sein. Wenn der Landwirt nicht rechtzeitig die Mittel zur Aussaat, zur Düngung, zur Viehhaltung usw., der Fabrikant neue Maschinen und Rohstoffe nicht beschaffen kann, ist die Produktion lahm gelegt. Hier erwächst also dem Steuertechniker eine schwere Aufgabe, wenn er die Steuer so bemessen will, daß sie den Fortgang der Produktion nicht hemmt.

Aber nicht darum allein handelt es sich. Vielmehr erheischt der ungestörte Fortgang der Produktion auch deren unablässige Erweiterung. Nicht nur im gleichen, sondern in größerem Umfang muß produziert werden, wenn die Produktion mit der Zunahme der Bevölkerung gleichen Schritt halten und die immer mehr steigenden Bedürfnisse der Menschen befriedigen will.

Die Frage, woher die Steuern genommen werden sollen, die zur Verzinsung und Rückerstattung der ungeheueren Summen die der Krieg verschlingt, hat die Finanzleute aller an ihm beteiligten Staaten in arge Verlegenheit gebracht. Ganz besonders wird die Frage diskutiert, in wieweit die aufzubringenden Steuern vom Akkumulationsfonds genommen werden können. Und während bisher innerhalb der Sozialdemokratie ganz allgemein der Grundsatz galt, daß alle Steuern vom Mehrwert bezahlt werden müssen, hat auch auf diesem Gebiete mancher umgelernt. Selbst Leute, deren Namen unter den Wissenschaftlern einen guten Klang hatten, — wie zum Beispiel Heinrich Cunow — glaubten warnen zu müssen vor allzu starker Belastung des Unternehmerprofits. Und dabei begnügen sie sich nicht mit der Feststellung, daß eine starke Besteuerung des Einkommens der Kapitalisten die Kapitalakkumulation hemmt und die gesellschaftlichen Produktivkräfte einschränkt, sondern versuchen glauben zu machen, daß es im Interesse des Proletariats liegt, wenn ein Teil der aufzubringenden Summen auf anderem Wege, nämlich durch eine direkte und indirekte Besteuerung des Arbeitslohnes eingebracht wird.

Eine kurze Betrachtung wird zeigen, wie falsch diese Annahme ist.

Die einzige Steuerquelle ist das Ergebnis des Produktionsprozesses im Staate. Sie setzt sich zusammen aus Arbeitslohn, Kapitalprofit und Grundrente. — Unternehmerprofit und Grundrente sind Mehrwert.

Nach der Marx'schen Werttheorie ist der Arbeitslohn gleich der Summe, die zur Wiederherstellung der

Arbeitskraft notwendig ist. Besteuerung des Konsumtionsfonds der Arbeiter heißt somit Verminderung der Produktivkräfte des Staates.

Somit verbleibt noch als einzige Steuerquelle der Mehrwert. Dieser zerfällt in: Produktionsfonds und Konsumtionsfonds der Kapitalisten. Der Konsumtionsfonds der Kapitalisten ist unproduktiv und muß deshalb zuerst zur Besteuerung herangezogen werden.

Da in der Praxis die beiden genannten Fonds nicht als gesonderte Summe auftreten, behaupten die Erfinder der neuen Steuertheorie, daß bei einer Besteuerung des Unternehmerprofits die Kapitalisten diese Steuer nicht dem Konsumtionsfonds, sondern dem Akkumulationsfonds entnehmen werden.

Schon diese Annahme ist falsch, da es nicht von dem Willen des Kapitalisten allein abhängig ist, wie viel er für Steuerzwecke dem Akkumulationsfonds oder dem Konsumtionsfonds entnehmen will. Denn Mehrwert ist Zweck und Ziel des Kapitals. Soll aber die Profitrate des einzelnen Unternehmers nicht sinken, so muß sein Unternehmen vor allem konkurrenzfähig sein. Die Konkurrenzfähigkeit aber liegt in der technischen und finanziellen Ueberlegenheit seines Betriebes. Marx sagt darüber im ersten Bande des „Kapitals“:

„Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion macht eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur durch progressive Akkumulation.“

Daß der Verbrauchsfonds der Kapitalisten noch gehörig gekürzt werden kann, davon wird jeder Proletarier überzeugt sein. Für die Deckung der Schulden, die der Weltkrieg den Staaten auferlegt, wird natürlich auch der Konsumtionsfonds der Kapitalisten nicht ausreichen; selbst wenn er auf das äußerste gekürzt werden sollte.

Da es eine andere Steuerquelle als Arbeitslohn, Unternehmerprofit und Grundrente nicht gibt, so kommen wir zu der Frage, ob es im Interesse der Arbeiter liegt, wenn die Steuern restlos dem Akkumulationsfonds oder durch Besteuerung des Konsums dem Arbeitslohn entnommen werden.

Nehmen wir einmal an, daß der gesamte Steuerbetrag dem Produktionsfonds entnommen würde. Was wäre die Folge? Verminderung der Produktivkräfte; Hemmung der Produktion!

„Zur Hilfe, es brennt! Der Unternehmerprofit ist in Gefahr!“ rufen Cunow und seine Leute.

Somit bleibt als einzige Steuerquelle nur noch der Arbeitslohn. Arbeitslohn aber ist variables Kapital; es tritt hier nur in einer anderen Form auf. Denn von der Steuer summe, die man dem Arbeitslohn entnimmt, hat der Arbeiter nichts kaufen können. Sie wird nicht konsumiert. Daraus ergibt sich: ob die Steuer genommen wird direkt vom Mehrwert der Kapitalisten oder indirekt durch Besteuerung des Konsums der Arbeiter, ist quantitativ für die Produktion gleichgültig; nur wird der Produktionsprozeß erweitert.

Für die Volkswirtschaft jedoch nicht gleichgültig ist die Reduzierung des Konsums der Arbeiter, die — wie wir gesehen haben — Herabminderung der gesellschaftlichen Produktivkräfte bedeutet.

Cunow versucht nun seine Theorie schmackhaft zu machen und fragt: liegt nicht die Möglichkeit vor, daß nach Besteuerung des Unternehmerprofits die Kapitalisten den Rückgang ihres Gewinns wieder auszugleichen versuchen durch Preiserhöhung der Waren, durch Druck auf die Arbeitslöhne usw.? und er vergißt in seiner Sorge um den Unternehmerprofit das ABC des proletarischen Klassenkampfes.

Daß die Unternehmer immer versuchen werden, alle Lasten von sich auf das Proletariat abzuwälzen, ist für jeden Sozialisten ohne weiteres klar. Dieses Bestreben jedoch stößt auf den Widerstand der Arbeiter, die nicht einsehen können, weshalb sie hungern sollen im Interesse des Unternehmerprofits.

Nach Cunows Auffassung müßte das Proletariat überhaupt den Kampf um höhere Löhne einstellen. Denn dadurch hemmt es die Kapitalsakkumulation. Bei den Arbeitern allerdings, die in Zukunft mehr als je unter dem Druck der direkten und indirekten Besteuerung werden leiden müssen, wird Cunows theoretischer Purzelbaum kaum Verständnis finden. Sie werden vielmehr einsehen, daß es nicht in ihrem Interesse liegen kann, wenn man aus Rücksicht auf den Unternehmerprofit den Arbeitslohn besteuert, um damit die Stützen der kapitalistischen Staatsmechanik aufrecht zu erhalten.

Friedrich Engels über Mitteleuropa und „natürliche Grenzen“.

Die Schrift von Friedrich Engels „Po und Rhein“, die 1859 erschien und von Eduard Bernstein als Nr. 32 der Kleinen Bibliothek bei Diez neu herausgegeben wurde, ist jetzt wieder aktuell, weil dort die Bedeutung Oberitaliens in strategischer Beziehung behandelt wird und besonders die Wechselwirkung von Strategie und Politik mit jener Klarheit und völligen Beherrschung des Tatsachenmaterials dargestellt ist, die Engels kennzeichnet. Natürlich haben sich seit den Tagen des italienischen Krieges die Dinge völlig geändert. Aber gerade die Änderungen militärischer und politischer Natur kommen bei der Lektüre erst voll zum Bewußtsein und wichtiger wie der Inhalt ist die Methode sachlich-kritischer Betrachtung aller Fragen, eine Methode, die man gerade heute oft so schmerzlich vermißt. Dazwischen liegen Ausführungen allgemeiner Natur, die auch heute noch Geltung haben und oft recht modern anmuten. Hier seien darum ein paar Lesefrüchte mitgeteilt: Ueber die man möchte sagen „mitteleuropäischen“ Bestrebungen vor 60 Jahren, die damals aber nur Phantastien von Ideologen waren, urteilt Engels u. a. Seite 5:

Wir meinen jene mitteleuropäische Großmachtstheorie, die aus Oesterreich, Preußen und dem übrigen Deutschland einen Bundesstaat unter Oesterreichs vorwiegenden Fluß errichten, Ungarn und die slavisch-rumänischen Donauländer durch Kolonisation, Schulen und sanfte Gewalt germanisieren, den Schwerpunkt dieses Länderkomplexes dadurch mehr und mehr nach Südosten, nach Wien verlegen und nebenbei auch Elsaß-Lothringen wieder erobern möchte. Die mitteleuropäische Großmacht soll eine Art Wiedergeburt des heiligen römischen Reiches deutscher Nation sein und scheint unter anderem auch den Zweck zu haben, die weiland österreichischen Nieder-

lande (Belgien meint Engels) sowie Holland sich als Vasallenstaaten einzuverleiben. . . . Daß sich dies alles erfüllte, dafür ist auch schon gesorgt. Die Romanen sind in akutem Verfall begriffen; die Spanier und Italiener sind bereits total zugrunde gegangen, und die Franzosen erleben in diesem Augenblick ebenfalls ihre Auflösung.

Auf der anderen Seite sind die Slawen unfähig zu wahrer, moderner Staatenbildung und haben den welt-historischen Beruf, germanisiert zu werden. . . . Der einzige Stamm, der sich noch sittliche Kraft und historische Befähigung bewahrt hat, sind also die Germanen, und von diesen sind die Engländer auch so tief in insularen Egoismus und Materialismus versunken, daß man ihren Einfluß, ihren Handel und ihre Industrie durch kräftige Schutzzölle, durch eine Art rationalen Kontinental-systems vom europäischen Festland entfernt halten muß. Auf diese Weise kann es dem deutschen sittlichen Ernst und der jugendlichen mitteleuropäischen Großmacht gar nicht fehlen, daß diese letztere binnen kurzem die Welt-herrschaft zu Wasser und zu Lande an sich reißt und eine neue geschichtliche Ära einweicht, bei der Deutschland seit langer Zeit endlich einmal wieder die erste Violine spielt und die übrigen Nationen nach ihr tanzen.

Franzosen und Russen gehört das Land,
Das Meer gehört den Briten;
Wir aber besitzen im Luftraum des Traums
Die Herrschaft unbestritten.

Man sieht, die Alldeutschen von 1859 haben viele Berührungspunkte mit denen des 20. Jahrhunderts. Nur stehen diesmal hinter den Träumen nicht nur Ideologen und die „Augsburger Allgemeine Zeitung“. Auch handelt es sich nicht mehr um bürgerlichen Nationalismus. Was Engels über diesen Punkt sagt, gilt heute mehr denn je und könnte leicht mit unzähligen Beispielen belegt und variiert werden. Man höre:

„Wir haben jetzt gesehen, wohin die von den mitteleuropäischen Großmachtspolitikern aufgestellte Theorie der natürlichen Grenzen führt. Dasselbe Recht, das Deutschland auf den Po hat, hat Frankreich auf den Rhein. Soll Frankreich nicht um einer guten militärischen Position willen sich 9 Millionen Wallonen, Niederländer und Deutsche einverleiben, so haben wir auch kein Recht, 6 Millionen Italiener um einer militärischen Stellung willen zu unterjochen. Und diese natürliche Grenze, der Po, ist doch am Ende nur eine militärische Position, nur darum, sagt man uns, soll Deutschland ihn behaupten.“

Die Theorie der natürlichen Grenzen verlangt mit demselben Recht, auf das Deutschland sich am Po stützt, für Rußland Galizien und die Bukowina und die Anrondierung nach der Ostsee zu, die mindestens das ganze preußische rechte Weichselufer in sich schließt. Sie wird einige Jahre später mit demselben Recht die Anforderung stellen können, daß die Oder die natürliche Grenze Rußlands-Polens sei.

Die Theorie der natürlichen Grenzen, auf Portugal angewandt, ist gezwungen, dieses Land bis an die Pyrenäen auszudehnen und ganz Spanien in Portugal aufgehen zu lassen.

Die natürliche Grenze von Neuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein wird ebenfalls mindestens bis an die Grenze des deutschen Bundesgebietes und darüber hinaus bis an den Po, vielleicht an die Weichsel ausgedehnt werden müssen, wenn anders den Gesetzen der ewigen Gerechtigkeit Rech-

nung getragen werden soll, und Neuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein hat ebensoviel Anspruch, daß ihm sein Recht werde, wie Oesterreich.

Wenn die Theorie der natürlichen, das heißt ausschließlich durch militärische Erwägungen festgestellten Grenzen richtig ist, welchen Namen sollen wir dann den deutschen Diplomaten geben, die auf dem Wiener Kongreß uns an den Rand eines Krieges Deutscher gegen Deutsche brachten, uns die Maaslinie entgehen ließen, die deutsche Ostgrenze bloßlegten und es dem Ausland überließen, Deutschland einzugrenzen und zu repartieren?“ (Seite 46.)

Heute spricht man von geographischen Grenzen, konstruiert einen Begriff „Zwischeneuropa“. Man schiebt wirtschaftliche Notwendigkeiten vor. Dabei hat gerade heute weder die natürliche, noch die militärische Grenze eine feste Bestimmung, da die Verkehrsmittel die natürlichen Hindernisse überwinden und die ewig fortschreitende Waffentechnik gerade in diesem Kriege bewiesen hat, was militärische Positionen wert sind oder wie der Wert des Geländes und der Befestigungen sich stetig verschiebt je nach den Kriegsmitteln und der sich ihnen anpassenden Taktik. Unterseeboot, die „dicke Bertha“, die Entwicklung der Mienenwerfer und des Grabenkrieges und tausend andere militärtechnische Dinge sind dafür der glänzende Beweis.

Aus der italienischen Parteibewegung.

Die italienische Partei hat nie aufgehört, für den Frieden zu kämpfen. Diesem Kampfe haben sich die Vertreter aller politischen Schattierungen innerhalb der Partei unter Anstrengung aller ihrer Kräfte hingegeben.

Ueberträgt man den Blick von der allgemeinen Volksstimmung auf die Stimmung, die innerhalb der Avantgarde der Massenbewegung, der sozialistischen Partei im engeren Sinne herrscht, so ersieht man, daß es der großen Mehrheit der italienischen Sozialdemokratie daran lag, ihre Pflicht als Vertreterin der proletarischen Interessen und der sozialistischen Ideologie zu erfüllen.

Zwei Punkte standen im Vordergrund des sozialistischen Interesses in den letzten Monaten und gaben, trotz der Hindernisse der Zensur und der für eine allgemeine Diskussion gewiß nicht besonders günstigen Verhältnisse, Anlaß zu lebhafter Polemik. Die eine Frage galt der Stellung zur Vaterlandsverteidigung, die andere betraf die von Turati gemachte Andeutung, man könne eventuell um den Frieden zu erzwingen, sich einem „minder schimmen“ Ministerium nähern. Diese Andeutung, die Turati in der ihm gewöhnten paradoxalen Weise machte, rief in einem Teile und zwar in dem größten Teile der Partei heftigen Widerspruch hervor. Genosse Serrati, als Mitglied des P. S. und Hauptredakteur des „Avanti“ bekämpfte diese Auffassung aufs Entschiedenste und forderte die Parteigenossen auf, zu ihr vor und auf dem Parteitage Stellung zu nehmen.

Da der Parteitag nun in absehbarer Zeit nicht abgehalten werden wird, und die wütende Reaktion und die tendenziösen Berichte alles aufbieten werden, um den Geist des italienischen Sozialismus zu entstellen, und da wie gewöhnlich behauptet werden wird, daß nur ein „Häuflein Fanatiker“ dem Internationalismus treu ge-

blieben sind, möchten wir ein paar Stimmen aus der Provinz anführen, aus der Parteipresse, an deren Spitze keine Führer stehen. Aus ihnen ersieht man, daß die Genossen im ganzen Lande den grundsätzlichen und taktischen Beschlüssen des Parteitags mit vollem Bewußtsein der Notwendigkeit dessen, was kommen sollte, entgegenstehen.

So schrieb das sozialistische Wochenblatt „Risveglio“ Ende Oktober:

„Das Vaterland hat den Klassenkampf nicht aufgehoben. Die allernächste Zukunft wird im Gegenteil beweisen, wie sehr der Krieg ihn verschärft hat. Das Bewußtsein, daß es so gehen würde, hat unsere Partei davon abgehalten, dem allgemeinen Verrat, dessen Opfer die anderen Parteien wurden, zu verfallen. Wir sehen mit Zuversicht dem Parteitage entgegen, auf dem es zu heftigen Debatten kommen wird. Das Wiedererwachen der Reaktion — auch ein Ergebnis des Krieges — hat die Sozialisten zusammenschweißt. Die Einheit der Partei wird nicht gefährdet.“

Wir werden mit unbeschreiblicher Spannung die Debatten des Parteitages verfolgen, sie werden uns mit Begeisterung erfüllen. Die Erbitterung, die Opfer der Vergangenheit werden wir vergessen in Aussicht auf eine erfolgreiche Arbeit für unsere Partei, die von erneuten Glauben an das lebende Proletariat getragen wird.

Deshalb entbieten wir dem Parteitage unseren Gruß mit dem Wunsche, er möge fruchtbringende Arbeit verrichten, zu Gunsten des Proletariats, zum Wohle der Menschheit und des Sozialismus.“

Ein anderes Wochenblatt, die „Favilla“ schrieb:

„Gewiß hat der Sozialismus noch nie so große und schwere Aufgaben zu lösen gehabt, wie in diesem Augenblicke, in dem ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte reißt. Und da der Sozialismus die Umgestaltung, die die Entwicklung der Ereignisse gebietet, herbeiführt, vorbereiten muß, so haben die Vertreter des Sozialismus die Pflicht, vornehmlich die Tatsachen zu erwägen, den Willen der Völker vereinigend, die sich bemühen, den Uebergang aus der heutigen in die zukünftige Gesellschaftsordnung so viel als möglich zu beschleunigen.“

Wir glauben aber, daß nur der unveröhnliche Klassenkampf den Weg zeigen kann, den der Sozialismus zu folgen hat.

Wie die Reaktion auch wüten mag, sie wird das Vorwärtsschreiten der Menschheit nicht unterbrechen können. Der Sozialismus wird verwirklicht werden.“

Nicht weniger charakteristisch ist die Stellung der Turiner Sozialisten. Bis vor einigen Tagen verbot die Zensur ihnen, den am meisten „Angeschuldigten“ und Verleumdeten das Wort zu ergreifen. Da aber die Ereignisse in Turin ausführliche Debatten im Parlamente hervorriefen und Mitglieder der Regierung ebenso wie alle Vertreter dieser Stadt, sie besprachen — was jedenfalls auf ihre Tragweite hinweist — durften endlich auch die italienischen Sozialisten zum Worte kommen und erklärten folgendes:

Wenn die Zensur es uns erlaubt hätte, hätten wir bereits vor langer Zeit die Turiner Ereignisse in ihrem wahren Lichte dargestellt. Die Bewegung, die im August in Turin stattgefunden, und für die wir Turiner Sozialisten jede Verantwortung übernehmen, ist sehr bald in

eine zwar nicht geplante, aber ausgesprochen politische Bewegung übergegangen. Als die Arbeiter die Fabriken verließen, mußte die Bewegung einen Charakter erhalten, der den Anschauungen, dem Geiste, dem Willen der Turiner Arbeiterschaft entspricht; diesem Geiste hat das von den Herren Intervenisten verleumdete Turiner Proletariat seine Löhne, seine Sicherheit, sein Leben geopfert, und zwar für ein Ideal der höchsten Menschlichkeit. Und daß das Turiner Proletariat so gehandelt, ist sein Stolz, einen unzerstörbaren Ehrentitel hat es sich dadurch erworben.

Aus der französischen Bewegung.

Das sozialistische „Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen“ verbreitete nach dem Kongreß von Bordeaux folgenden Aufruf:

An die Mitglieder der sozialistischen Partei.

Genossen! Das Verhalten der sozialistischen Führer, Fraktion und Zentralkomitee — vom 4. August 1914 an und die neue politische Orientierung, die dadurch bestimmt wurde, hat im ganzen Lande starken Protest unter den sozialistischen Massen hervorgerufen. Um den Anstrengungen derjenigen, die im Schoße der Internationalen der verhängnisvollen Politik der Führer sich entgegensetzten, einen einheitlichen Charakter zu geben und um den Kampf gegen den Krieg international zu organisieren, haben einige internationale Zusammenkünfte stattgefunden.

Das waren: die Internationale sozialistische Frauenkonferenz, März 1915, die Internationale Jugendkonferenz, Bern, April 1915, dann die Zimmerwalder Konferenz, September 1915 und die Rientaler Konferenz, April 1916.

Das Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen wurde nach der Zimmerwalder Konferenz gegründet.

Wenn heute die Arbeiter und Sozialisten in immer größerer Masse um die Fahne von Zimmerwald und Riental sich scharen, so ist es der energischen Aktion dieses Komitees zu verdanken und den gemeinsamen, anonymen Anstrengungen seiner Mitglieder. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Prinzipien und die Taktik, die in den verschiedenen internationalen Zusammenkünften und besonders in Zimmerwald und Riental festgelegt wurden, immer mehr und mehr zum Leitstern der sozialistischen Massen wurden.

Trotzdem äußert sich der Fortschritt unserer Ideen nicht auf unseren Kongressen. Und zwar erhielten wir 1915 77 Stimmen, 100 auf dem Kongresse von 1916, und in Bordeaux haben nur 118 Stimmen getreu die Taktik des Komitees befolgt. Jedenfalls hätten wir in Bordeaux 137 Stimmen bekommen, wenn die Delegierten der Minderheit von der Seine ebenso korrekt gehandelt hätten, wie wir es auf dem Kongresse von 1916 getan. Als die Mehrheit der Zimmerwalder Delegierten gegen die einstimmige Resolution war, ließen wir die zwei Delegierten Bourderon und Millerat über ihre Stimmen frei verfügen, was in Bordeaux unseren zwei Vertretern Kaufmann und Saumeneau nicht gestattet wurde.

Wie dem auch sei, diese Zahlen stehen in keinem Verhältnis zu unserer tatsächlichen Kraft. Wir müssen

auf die Ursache dieser Erscheinung eingehen und Abhilfe schaffen.

Jedenfalls können wir schon heute auf einige Ursachen hinweisen, die das langsame Wachstum unserer Vertretung in den Versammlungen bestimmen. Die Hauptsache besteht darin, daß die Mehrheit der Parteigenossen, welche die Anschauungen und die Taktik Zimmerwalds anerkennen, nicht genug Zutrauen zu sich selbst haben und zu viel zu denjenigen, die sie in den Parteikomitees vertreten. Andere wieder sind unzufrieden mit der Art und Weise, in der sie vertreten werden, verlieren zu leicht den Mut und ziehen sich von der Arbeit zurück. Andere betrachten die einzelnen Persönlichkeiten für wichtiger als die Prinzipien und die Organisationen, die sie vertreten. Und doch hätten die Erfahrungen mit Führern, die seit dem Kriege so vollständig versagt haben, das Proletariat für immer von einer jeden Abgötterei heilen sollen.

Außerdem denken die Parteigenossen nicht genügend daran, daß es nicht genügt, den Frieden zu wollen, und ihn zu fördern; es gibt genug Leute in unserer Partei, die, trotzdem sie sich Friedensfreunde nennen, dem Frieden solche Ziele stecken und so unbrauchbare Mittel für seine Erlangung empfehlen, daß der Krieg bis zur vollständigen Erschöpfung dauern könnte. Andererseits ist es klar, daß so manche, die durch unseren Fortschritt erschreckt sind, uns lächerlich machen möchten. Zum Beispiel dafür diene die Abstimmung in Bordeaux, die die Einheit der Minderheiten dienen sollte, die aber auch Einheit in der Konsequenzlosigkeit heißen könnte.

Genossen! Wir müssen eine mächtige Arbeit entfalten, damit unsere Richtung in der Partei ebenso klar auftritt wie im Lande. Dazu müssen wir die Gefühlspolitik, die Gefühle der Kameradschaftlichkeit und der persönlichen Verehrung beiseite lassen; auch soll man nicht entmutigt werden durch Manöver derjenigen, die das Werk von einigen Jahren zerstören möchten.

Scharen wir uns um das „Komitee der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen“, um dort die Resolutionen auszuarbeiten, die wir in unsere Organisationen, Verbände und die Parteikongresse und Versammlungen tragen werden, um unsere Aktion für den Frieden wirksamer zu gestalten.

Belehrt durch das Mißgeschick von Bordeaux, um alle Manöver und alle Ueberraschungen zu vermeiden, geloben wir uns, das Experiment von der Seine, das der Minorität erlaubt hat, über unsere Mandate zu verfügen, nicht zu wiederholen.

Laßt uns auf allen Parteitagen unsere eigenen Resolutionen, unsere eigenen Delegationen haben. Wir wollen ohne Kompromisse direkt dem Ziele, dem Sozialismus und dem Frieden zustreben!

Die Gewerkschaftsführer in Nöten.

Die Gewerkschaftsführer sind drauf und dran, ihre Macht innerhalb der Gewerkschaften zu befestigen und die Mitglieder zu entrechteten. Dafür, daß sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Vergleich zur Unternehmungsklasse während des Krieges gewaltig verschlechtert hat, sollen die Gewerkschaftsmitglieder höhere Beiträge zahlen. Das Verwendungsrecht über diese Gelder wollen die Gewerkschaftsbeamten möglichst ganz und gar für

sich in Anspruch nehmen. Der Vorstand der Holzarbeiter hatte kürzlich die Absicht, seinen Mitgliedern vorzuschlagen, den Ortsgruppen die Gelder aus den Fingern zu nehmen, die sie bisher ansammelten und nach ihrem eigenen Ermessen verwendeten. Eine Reichskonferenz der Holzarbeiter hat diesen Plan der Gewerkschaftsbeamten etwas beschnitten. Nun hat der Verbandsvorstand der Fabrikarbeiter dem demnächst stattfindenden Verbandstag einen Vorschlag gemacht, daß bei Auflösung oder Abtrennung von Ortsgruppen deren Gelder an die Hauptkasse abgeführt werden müssen, wozu gegebenenfalls die Hilfe des bürgerlichen Gerichts in Anspruch genommen werden soll. Der Hauptvorstand der Fabrikarbeiter hat von seiner eigenen Tätigkeit eine so schlechte Anschauung, daß er meint, die Gewerkschaftsmitglieder könnten gleich in Haufen oder ortsruppenweise von ihm abdrücken.

In diesen Nöten ist den Gewerkschaftsführern ein Helfer in der Gestalt Adolf Brauns erschienen, der das Nürnberger Organ der Regierungssozialisten redigiert. Er hat eine Broschüre herausgegeben, die den Titel trägt: „Gewerkschaftsstreit und Gewerkschaftskampf“. Herr Braun sagt gleich am Anfange, er wolle nicht untersuchen, ob die Mißstimmung und die Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder berechtigt und verständlich ist. Er schließt aber dann, daß im Vergleich zu den Aufgaben, die den Gewerkschaften nach dem Kriege bevorstehen, die etwaigen Sünden der Gewerkschaftsführer „zur Kleinheit und Unbedeutendlichkeit zusammenschrumpfen“.

Herr Braun hat seine Broschüre in einer besseren und billigeren Auflage erscheinen lassen. Die letztere ist für Massenerbreitung bestimmt; er wird damit sicher gute Geschäfte machen. Die Gewerkschaftsführer werden in die Kassen greifen und auf Kosten der Gewerkschaftsmitglieder diese Broschüre zu ihrer Rechtfertigung verbreiten. Das, was Braun schreibt, ist nichts neues. Es sind allgemeine Redensarten, daß die Arbeiter einig sein müssen und daß ihnen nach dem Kriege große Aufgaben bevorstehen.

Wer heute eine Broschüre über die Richtungsstreitigkeiten in den Gewerkschaften schreiben will und darauf Anspruch macht, ernst genommen zu werden, der muß untersuchen, ob die Grundsätze und Methoden der Gewerkschaftsführer während der Kriegszeit geeignet gewesen sind, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Er muß ferner untersuchen, ob diese Grundsätze und Methoden geeignet sind, in der künftigen Friedenszeit den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse im Vergleich zu den Unternehmern zu fördern.

Aber gerade das will Herr Adolf Braun vermeiden. Nur nicht sachlich untersuchen, ob die Gewerkschaften während des Krieges zum Schaden oder zum Nutzen der Arbeiterklasse tätig gewesen sind. Das muß ein Blümchen „Rühr mich nicht an“ bleiben. Für die Gewerkschaftsführer ist am besten, wenn von einer sachlichen Prüfung ihrer Tätigkeit abgesehen, dafür aber mit möglichst viel Geräusch die Einigkeitsspanne geschlagen wird.

Anmerkung der Redaktion: Für die linksradikale Partei sind die Gewerkschaften mit ihren Grundsätzen und Methoden längst erledigt. Unsere Forderung, die Einheitsorganisation, wird sich nach dem Kriege Bahn brechen, und die Köpfe der Arbeiter aufklären.

Vorstandsherrschaft in den Gewerkschaften.

(Schluß.)

In scharfer Weise haben die Gewerkschaftsinstanzen in den Parteifreit eingegriffen, wollte doch Legien schon im Dezember 1914 ohne weiteres Liebknecht aus der Fraktion hinauswerfen lassen. Unter Anführung der Generalkommission nahmen die meisten Gewerkschaftsblätter bei allen Parteifragen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie Stellung. Dabei wurde als selbstverständlich angenommen, daß die nicht gefragten Mitglieder die ihnen anbefohlene Politik gutzuheißen hätten. Offen wird dabei mit den Gedanken operiert, die sich noch keine herrschende Klasse entgegen ließ: die Masse ist politisch unreif, sie hat kein Urteil, sie muß geleitet werden; wir, die Einsichtigen müssen sie leiten, wir tragen die Verantwortung und wissen was zu ihrem Besten gut ist. Und diese Kleinkinderpädagogik will auf den Schullehrerprügel nicht verzichten und droht nach der anderen Seite: wir ordnen an, die Mitglieder haben zu schweigen, zu gehorchen und wem nicht paßt, der kann den Staub von den Pantoffeln schütteln. Wie sich ja Herr Legien vor nicht allzulanger Zeit auf der Verbandsgeneralsammlung der Metallarbeiter gegen die Opposition vernehmen ließ. Man fühlt sich eben als befehlender Herr, der zu seinen Untergebenen spricht.

Mit der Dauer des Krieges aber gerät die Herrlichkeit des Alleinherrschertums bei den Gewerkschaften doch ins Wanken. In vielen Ortsgruppen regt sich die Opposition, Berlin, Leipzig, Braunschweig und andere Städte sind überwiegend oppositionell gesinnt und überall wird die Frage aufgeworfen, ob sich die Mitglieder die Diktatur der Zentralvorstände noch länger gefallen lassen wollen. Demgegenüber sind die Vorstände bemüht, ihre Stellung zu festigen, wie die bereits von uns gemeldeten Zentralisationsbestrebungen des Holzarbeiterverbandes beweisen. Wird von oppositioneller Seite versucht, die Parteifreitfrage in den Gewerkschaften zu erörtern, so schieben die Instanzen sofort den alten Ladenhüter vor, der sie auch nicht eine Minute in der Ausnützung ihrer Positionen gehindert hat: die Gewerkschaften sind neutral, diese Dinge dürfen hier nicht erörtert werden.

Von Kreisen, die den Gewerkschaftsführern außerordentlich nahe stehen, wird öfters mit scheinheilgem Augen-ausschlag vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Demokratisierung der politischen Einrichtungen gesehelt. In den Gewerkschaften selbst aber vollzieht sich die umgekehrte Entwicklung. Ein Gegensatz, der sich nur dadurch erklären läßt, daß auch die Gewerkschaftsmitglieder, die Arbeiter, nicht auf den Posten sind.

Die kommende Zeit wird große Probleme und schwere Kämpfe für die Arbeiterklasse mit sich bringen. Die Konzentration des Kapitals und die Kartellierung der Industrie ist in einem Maße fortgeschritten und hat durch die Zwangsinduzierungen und die Ueberwachung des Staates das Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Besitzern der Produktionsmittel in einer Weise umgewälzt, daß an eine Wiederholung der alten gewerkschaftlichen Taktik nicht zu denken ist. Damit fällt auch die Voraussetzung des bisherigen Führer- und Beamtentums in den Gewerkschaften, die kommenden Auseinandersetzungen werden im Zeichen der politisch-gewerkschaftlichen Ein-

heitsbewegung stehen. Je eher aber die Arbeiter sich frei machen von der auf ihnen lastenden Bevormundung und der Autokratie ihrer Führer, desto kräftiger und sicherer können sie den Aufgaben der Zukunft entgegensehen.

Gewerkschaftsfragen.

Von Th. Münzer.

Aus Stuttgart kommt die Nachricht, daß die „Unabhängigen“ beschlossen haben, die Vorarbeiten zur Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Kampforganisation in die Hand zu nehmen. Darob natürlich großes Geschrei bei den Sozialpatrioten. Wenn sie schreiben, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung bisher von jener bedauerlichen Spaltung verschont blieb, die in der politischen Partei zur Tatsache geworden, liegt das in der klaren Erkenntnis der organisierten Arbeiterschaft. Das heißt doch die Verhältnisse auf den Kopf stellen. Zunächst, wer spaltete die politische Organisation, und wer spaltet die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter? Doch nur die Sozialpatrioten und ihre politischen Freunde in den Gewerkschaften, die sogenannten Gewerkschaftsführer. Wenn es nicht schon längst zu einer Spaltung auch in den Gewerkschaften gekommen ist, liegt das wohl zumeist daran, daß ein großer Teil der Mitglieder im Felde steht. Glauben denn jene Herren, daß sich die Arbeiter aus einem X ein U vormachen lassen?

Während die Statuten vor lauter Demokratie überfließen, haben die Mitglieder heute so gut wie nichts mehr zu sagen. Wer bestimmt die Richtung und die Unterstützungssätze in den Gewerkschaften. Zum großen Teil doch nur die Gewerkschaftsbürokratie. Und wenn es dann weiter heißt, wer schützt die Arbeiter vor wirtschaftlicher Ausbeutung gegenüber dem Unternehmertum. Die heutigen Gewerkschaften etwa? Im Gegenteil, sie liefern die Arbeiter zum großen Teil dem Unternehmertum aus. Beispiele sind genügend vorhanden.

Zum Schluß heißt es: In dieses stolze Gebäude der deutschen Arbeiterklasse will der eben erwähnte Stuttgarter Beschluß Bresche legen. Nun, wir vertrauen darauf, daß jene Stuttgarter Entschliebung ohne nennenswerte Wirkung bleiben wird. Aber schon der Versuch, die Uneinigkeit in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen, muß als verderblich bezeichnet werden. Im Gegenteil! Er zeigt den Sozialpatrioten, daß die Arbeiter im Kriege denken lernen.

Aus unserm politischen Tagebuch.

6. März.

Italien vor der Revolution. Italien steht heute vor dem Zusammenbruch. Die Geister der Revolution sind nach von Mailand bis Neapel und Palermo. In den großen Städten kann der allgemeine Aufbruch durch die Truppen, und vor allem durch die fremden Truppen und die riesigen Polizeitruppen noch mühsam im Zaume gehalten werden. Aber auf dem Lande, besonders in Mittelitalien, grenzen die Zustände bereits an Anarchie. Selbst Blätter, wie der Mailänder „Corriere della Sera“ geben heute unumwunden zu, daß Italien an der Grenze eines völligen Zerfalls angelangt ist und daß eine allgemeine Katastrophe drohend vor der Tür steht.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen

Arbeiterpolitik

3. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 11

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Amunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 16. März 1918

Einzelnummer 20 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 84 Pfg.,
vierteljährlich 2.50 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Wozu brauchen wir Theorien? Von Friedrich Adler	Seite 65
Was ist Internationalismus? Von Friedrich Adler	67
Was geht in England vor? ..	68
Mary der Entbecker. Von Friedrich Adler	69
Aus unserm politischen Tagebuch	69
Feuilleton: Zum neuen Jahre. Von J. E. Perez	70

Wozu brauchen wir Theorien?*

Aus Aufsätze von Friedrich Adler.

Zwei Arten von Produktionsmitteln sind im Besitz der bürgerlichen Gesellschaft: Produktionsmittel des Lebens und Produktionsmittel des Todes. Die Produktionsmittel des Lebens bestehen in den Maschinen, auf denen Kleiderstoffe, Nahrungsmittel, kurz alles, was wir zum Leben brauchen, hergestellt werden; die Produktionsmittel des Todes sind die Waffen, die Gewehre und Kanonen, mit denen Menschen verwundet und getötet werden können. Der Besitz der Gewehre und Maschinen ist das Monopol der bürgerlichen Gesellschaft; auf ihn gründet sich ihre Herrschaftstellung.

Die Arbeiterklasse besitzt nichts als ihre Arbeitskraft, von der das Bürgertum Gebrauch machen muß, um die Produktionsmittel in Bewegung zu setzen, und zwar ebensowohl die lebenermöglichenden Maschinen als die todbringenden Gewehre. Auf diesen Tatbestand gründen sich das Ziel des Kampfes der Arbeiter und seine Mittel. Dies Ziel ist, daß die gesamte Gesellschaft Besitz ergreife von allen vorhandenen Produktionsmitteln, von den Maschinen, damit sie arbeiten für alle Menschen, von den Gewehren, damit alle mit gleichem Recht darüber wachen, daß sie nicht in Funktion treten.

Bis zur endgültigen Eroberung der Produktionsmittel für die Gesamtheit gilt es, der Kapitalistenklasse vorzuschreiben, welchen Gebrauch sie von diesen Produktionsmitteln macht, ihrer Willkür Grenzen zu ziehen. Es muß das Maß, in dem die Maschinen als Instrumente der Ausbeutung verwendet werden, eingeschränkt, es muß der Bourgeoisie klargemacht werden, daß mit den Waffen nicht zu spielen ist, daß sie sich Einschränkungen auferlegen muß, wenn sie sie benutzen will, um die Arbeiter gefügig zu machen. Und das gelingt. An Stelle der Dekretierung, der Verordnung der Arbeitsbedingungen durch den berühmten „Herrn im eigenen

* Eine Kritik der Aufsätze behält sich die Redaktion vor.

Hause“, tritt der Arbeitsvertrag, in dem zuerst für die einzelne Fabrik, dann für die ganze Branche der Stadt, schließlich des Landes die Dauer der täglichen Arbeitszeit, die Höhe des Lohnes usw. festgelegt werden. An Stelle der Verordnung ist der Vertrag getreten, allerdings einseitig nur der Vertrag zwischen den Arbeitern als einem, den Kapitalisten als anderem vertragschließenden Teil, während wir dahin streben, daß bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen alle Individuen als ganz gleichberechtigte Faktoren mitwirken.

Aber wir haben noch viel weiter gehende Bestimmungen, die in das Leben des einzelnen ebenso stark eingreifen wie der Arbeitsvertrag: die Gesetze des Staates. Auch diese sind anfangs Verordnungen eines absoluten Herrschers, dann Verordnungen einer herrschenden Klasse, in die die Arbeiter nichts dreinzureden haben. Aber auch der Rechtlosigkeit der Arbeiter gelingt es in immer steigendem Maße ein Ende zu machen und dadurch verwandelt sich das Staatsgesetz aus einer Verordnung, aus einem Dekret einer bestimmten Klasse immer mehr in einen Vertrag aller Bürger. Nicht mehr eine privilegierte Klasse, sondern die Mehrheit der Bürger hat den entscheidenden Einfluß. Allerdings nicht den ausschließlichen, denn die Minderheit, die nicht ihrer Stärke entsprechende Konzessionen erhält, die verweigert wird, fühlt sich durch das Gesetz nicht mehr gebunden und kann alle Funktionen der Gesellschaft obstruieren.

Wie in der Fabrik, so im Staate ist der Arbeiter anfangs rechtlos, wie auf die Arbeitsordnung gewinnt er schließlich auch auf die Staatsordnung Einfluß. Die Willkür des einzelnen Kapitalisten ebenso wie die der kapitalistischen Regierungen wird immer mehr durch die organisierte Arbeiterklasse eingeeengt. Welche Mittel stehen ihr dabei zu Gebote? In letzter Instanz kann sie sich nur auf das Eigentum stützen, das sie tatsächlich besitzt, über das sie frei verfügt: das Leben des einzelnen Menschen und speziell seine Arbeitskraft.

Das erste Machtmittel der Arbeiter ist also, ihre Arbeitskraft nicht zu gebrauchen, das heißt die Produktionsmittel außer Dienst zu stellen.

Weiter wirkt die Arbeiterschaft in sozialistischem Sinne vor allem durch die Arbeit an der einzigen Maschine, die dem Proletariat gehört — durch die Arbeit an der Organisation, diesem Produktionsmittel der Macht der Arbeiterklasse. An den anderen Produktionsmitteln kann sozialistische Arbeit nur soweit geleistet werden, als den Besitzenden das Verfügungsrecht entzogen ist. Die